

# Der Reformbedarf ist unbestritten

Regierungskandidaten zum Finanzausgleich

Von Georg Schmidt

**Liestal.** Das Zauber- respektive Reizwort heisst Zusatzbeiträge. Damit werden die 36 finanzschwächsten Gemeinden über die allgemeinen Ausgleichszahlungen hinaus, welche überall die gleiche finanzielle Mindestausstattung garantieren sollen, mit maximal 200'000 Franken pro Jahr alimentiert. Die Frage, wie es mit den Zusatzbeiträgen weitergehen soll, ist zurzeit sistiert – aber sie wird den kommenden Finanzdirektor und Nachfolger von Adrian Ballmer zweifellos noch beschäftigen.

Blenden wir zurück: Kaum war der horizontale Finanzausgleich im Jahr 2010 neu eingeführt, geriet das System – zumindest in der Optik der Gebergemeinden – in Schieflage: Bis zu 20 Prozent der Steuerkraft mussten Gemeinden wie Arlesheim in den Solidaritätstopf abliefern. Die Folgen sind bekannt: Eine Gruppe von Gebergemeinden, zumal aus dem unteren Kantonsteil, ging vor Gericht, lancierte gemeinsam eine Initiative – und brachte den Landrat dazu, ein Maximum für den Abschöpfungssatz ins Gesetz (respektive die Verordnung) aufzunehmen.

Aufgeschoben bleibt die Frage, wie mit den Zusatzbeiträgen zu verfahren ist. Die Gemeindeinitiative verlangt die ersatzlose Streichung, die Initianten haben sich aber bereit erklärt, die Frage bis zu einer generellen Überprüfung des horizontalen Finanzausgleichs ruhen zu lassen.

«Das ist ein klassischer Fall für eine Mediation», sagt SVP-Kandidat Thomas Weber aus Buus, man müsse die Fragestellung «subtil anschauen». Es dürfe nicht sein, dass sich die Gebergemeinden über den Tisch gezogen fühlen – er hoffe aber auch auf ein gewisses Verständnis, dass die kleinen Gemeinden weniger Wertschöpfung und Steuerkraft entwickeln könnten. «Die Gemeinden sollten das miteinander diskutieren – und vielleicht auch schauen, ob man die Anreize besser setzen kann»,

sagt Weber, der den Finanzausgleich als «fragiles Gebilde» sieht und sich gegen eine «Entsolidarisierung», aber auch gegen Top-down-Entscheidung wendet. Ein blosses Mittel für den Strukturhalt solle der Finanzausgleich aber auch nicht sein.

Dass der Landrat einem maximalen Abschöpfungssatz zugestimmt habe, sei «richtig so», sagt der Frenkendorfer Eric Nussbaumer, der für die SP in die Regierung will. Der Finanzausgleich sei im Kern ein «sinnvolles Instrument», man dürfe von Zeit zu Zeit aber durchaus überprüfen, wo die Grenzen des Systems seien.

Bei den Zusatzbeiträgen vertritt er aber eine andere Haltung als die Gebergemeinden mit ihrer Initiative: «Ich würde die Solidarität nicht einfach kaputt und mit einer Streichung den Druck auf die finanzschwachen Gemeinden erhöhen.» Sondern: «Vielleicht kann man mit diesen Mitteln Anschub- oder Kompensationszahlungen berappen, die auf eine engere Zusammenarbeit oder auch auf Gemeindefusionen abzielen.» Das würde «allen etwas bringen».

## Veraltete Strukturen

Für eine «grundsätzliche Hinterfragung» des Finanzausgleichs plädiert Gerhard Schafroth von den Grünliberalen. «Er müsste noch stärker und gezielter auf die Sonderlasten ausgerichtet werden, welche die Gemeinden erbringen und berappen müssen», sagt der Liestaler. Das könne eine hohe Sozialhilfequote sein wie in Birsfelden – oder auch ein neues Hallenbad wie in Gelterkinden.

Schafroth legt aber eine starke Skepsis gegenüber dem Finanzausgleich an den Tag, wenn damit «nicht mehr zeitgemässe Strukturen erhalten werden». Und zu den Zusatzbeiträgen sagt er: «Da bin ich ehrlich gesagt kritisch, ob sie ihre Berechtigung noch haben – letztlich zementieren auch diese Giesskannensubventionen veraltete Strukturen.»



Empört. Horst Müller, Sabine Zarini und Rosmarie Stäbler (v.l.) haben genug vom Verkehr vor ihrer Nase. Foto Dina Sambar

# Lärm, Gestank und Gefahr

Anwohner beschwerten sich über Verkehr auf Bottmingerstrasse

Von Dina Sambar

**Münchenstein.** Sabine Zarini ist aufgebracht. Sie deutet aus ihrem Fenster auf die Bottmingerstrasse: «Hier fahren täglich Tausende Autos und sogar riesige Sattelschlepper durch. Und das mitten in einem Wohnquartier. Der Lärm und die Abgase sind der Horror!» Der schlechte Zustand der Strasse verschärfe die Situation noch, da die Ladung von Lieferwagen beim Geholpere über die Löcher einen gewaltigen Lärm mache.

Das finden auch Horst Müller, Rosmarie Stäbler und Roger und Edna Bär, die ebenfalls an der Bottmingerstrasse wohnen. «Während der Stosszeiten komme ich mir hier vor wie auf einer Autobahn», sagt Stäbler. Sie alle haben letzten Frühling mit über 300 weiteren Münchensteinern Zarinis Petition unterschrieben, welche die Gemeinde dazu auffordert, zu handeln. Gefordert werden ein neuer Strassenbelag, Tempo 30, die Umleitung des Schwerverkehrs

über das Industriegebiet und die Erhöhung der Sicherheit durch mehr und besser gelegene Fussgängerstreifen. «Das hier ist ein Schulweg für Primarschüler. Und es hat nicht einmal ein Schild, welches das anzeigt», empört sich Zarini. Und Stäbler fügt an: «Die Autos fahren hier viel zu schnell und achten nicht auf die Kinder. Das ist unverantwortlich.» Seit der Abgabe der Petition habe die Gemeinde nichts anderes getan, als sie auf das Jahr 2018 zu vertrösten, sagt Roger Bär. Auch er hat der Gemeinde einen Brief geschrieben. Und Horst Müller ärgert sich: «All unsere Unterschriften sind wertlos.»

## Strasse tatsächlich zu laut

Gemeindepräsident Giorgio Lüthi bestätigt, dass die Lärmimmissionsgrenzwerte an der Bottmingerstrasse teilweise überschritten werden. «Wir nehmen die Anwohner ernst. Die Sanierung ist geplant. Aber wir können nicht alles gleichzeitig machen», sagt Lüthi.

Zurzeit werde die Loogstrasse, deren Verlängerung die Bottmingerstrasse ist, saniert. Dort hatten Eltern eine Petition eingereicht. «Die Loogstrasse hat Priorität, weil dort die Situation für die Schulkinder viel zu gefährlich ist», so der Gemeindepräsident. Als Sofortmassnahme habe man bei der Bottmingerstrasse aber die Ampel von Orange-Blinken auf Grün-Orange-Rot-Schaltung umgestellt, wie die Petenten gefordert hatten. Die Sanierung müsse aber noch warten. Das ganze Quartier sei in Überarbeitung, die Zonenplanrevision laufe, sagt Lüthi. «Es macht keinen Sinn, zu sanieren, und dann ist kurz darauf vielleicht die Strassenführung anders.» Allerdings geht der Präsident nicht davon aus, dass dies bis 2018 dauere. Bleibe man im Zeitplan, sei der Sommer 2015 realistisch.

Sabine Zarini glaubt jedoch einen anderen Grund zu kennen, weshalb die Loogstrasse bevorzugt wird: «Dort haben Leute reklamiert, die mehr Geld haben als wir. Das ist der Unterschied.»

# Dritter Anlauf für Einwohnerrat

Unterschriften für Initiative

Von Franziska Laur

**Rheinfelden.** In den Vorweihnachtszeit froren sich die Mitglieder des Initiativkomitees zur Einführung eines Einwohnerrats beinahe die Finger steif. Immerhin brachten sie 400 Unterschriften zusammen. Nach einer Pause nehmen sie jetzt nochmals einen Anlauf, um auf die erforderlichen 1400 Unterschriften zu kommen.

Für Conrad M. Corrigan (FDP), Mitglied des Initiativkomitees, ist die Zeit jetzt reif, obwohl die Einführung eines Einwohnerrats in den Jahren 1974 und 1998 bereits gescheitert ist: «Rheinfelden ist in der Zwischenzeit gewachsen und die Frage darf nach 15 Jahren neu gestellt werden», sagt er. Gerade aus dem Baselbiet Zugewanderte seien erstaunt, wenn sie vernähmen, dass es in Rheinfelden keinen Einwohnerrat gebe. «Die Gemeindeversammlung hat eine treue, aber leider kleine Besucher-schar», sagt Corrigan. Wenn nur rund zwei Prozent erscheinen würden, bedeute dies, dass 98 Prozent nicht mehr an der legislativen Tätigkeit teilnehmen. «Mit einem Systemwechsel hätten wir breiter abgestützte Entscheidungen», sagt er. Ein Einwohnerrat habe auch den Vorteil, dass man Sachgeschäfte an acht bis zwölf Sitzungen pro Jahr vertieft beraten und diskutieren könne.

Zum Komitee, das in Rheinfelden einen Einwohnerrat einführen will, gehören unter anderem Vertreter von CVP und SP. Die SVP Rheinfelden ist klar dagegen. «Weshalb etwas ändern, das gut läuft», sagt Daniel Vulliamy, SVP-Vorstandsmitglied. Die Geschäfte seien jeweils gut vorbereitet und wer sich näher dafür interessiere, könne im Vorfeld Einblick nehmen. «Die Frage ist doch, ob sich die Bürger das Recht wegnehmen lassen wollen, selber Einfluss zu nehmen.»

## Kleine Spurensuche in Binningen

# Bei den Urhebern

Von Georg Schmidt

Wer hats erfunden? Die Binninger. Die beiden Gemeindeinitiativen, welche die Baselbieter Politik immer noch respektive bald schon umtreiben, haben ihren Ursprung in der Leimentaler Gemeinde. Themen waren respektive sind der kantonale Finanzausgleich und die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse. «Das ist so», sagt Gemeindepräsident Mike Keller zur Binninger Urheberschaft – und verweist gleich darauf, dass schliesslich Arlesheim bei der ersten Initiative den Lead übernommen habe.

Auch wenn man von schmissigen Titeln wie «Rebellennest», «Gegen-Hauptstadt zu Liestal» und dergleichen besser Abstand nehmen sollte: Es ist wohl etwas mehr als ein Zufall, dass in beiden Fällen Binningen den Anfang gemacht hat. Nochmals Keller: «Wir waren beim Finanzausgleich die Gemeinde, die am meisten zahlte; wir haben aber auch erkannt, dass wir mit dem Problem nicht alleine sind, und deshalb Kontakt zu andern Gemeinden aufgenommen», sagt er. Bei der Pensionskasse habe man das damals entstandene Netzwerk wieder aktiviert; anfänglich sei es aber «nur» um einen informellen Austausch gegangen. Kellers Amtsvorgänger Charles Simon sieht es ähnlich: «Wir wollten nicht bloss warten, sondern selber aktiv werden.» Jetzt, bei der zweiten Initiative, könne man «fast schon von einer Gewohnheit» sprechen.

Und: «Binningen hatte immer eine Vorreiterrolle», sagt Simon – und spricht als Beispiele die flächendeckende Einführung von Tempo 30 oder die Tagesbetreuung an. Simon betont aber auch, dass Keller – damals wie heute für die Finanzen zuständig – und der frühere Gemeindeverwalter Olivier Kungler, der seit Anfang Jahr als Generalsekretär

die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion leitet, ein gutes Teamwork gepflegt hätten.



Warum aber Binningen? «Die alten Siedlungskerne – Hauptstrasse, Schloss, ehemaliges Landgut Holee und Neubad – verschmolzen miteinander und mit Basel», schreibt das Historische Lexikon der Schweiz über die Entwicklung des Dorfes. Und verschweigt damit höflich, dass Binningen eben auch Teil des wuchernden Agglo-Breis werden musste. Es gab aber immer schon Bemühungen, sich vom gefräßigen Stadtmoloch abzusetzen, heisst es im Lexikon, wo zum Beispiel der Titel «Gemeinde Europas» von 1968 oder das «Binninger Fesch» von 1977 erwähnt werden.

## Mehr aus dem Dorf gemacht

Und: Die Binninger haben sich in den vergangenen Jahren sichtbar darum bemüht, mehr aus dem Dorf zu machen und dem Ort wieder ein Gesicht zu geben. Der Kronenplatz wurde neu gestaltet, das Areal unterhalb der Hauptstrasse ebenso. Und auch beim Schloss gab es Veränderungen. Da gabs zwar einige Irrungen und Wirrungen zu verzeichnen – und doch scheinen diese Bemühungen um eine Aufwertung des Zentrums ihre Wirkung nicht verfehlt haben: Das Dorf, lange Zeit bloss verbaut und vom Verkehr überflutet, beginnt sich plötzlich wieder zu spüren – eine Entwicklung, die irgendwann in die Politik einfließen musste. Binningen steht damit aber nicht alleine, sein Auftreten ist symptomatisch für eine neues Selbstverständnis, das viele Baselbieter Gemeinden vermehrt wieder an der Tag legen.

# Zurück auf Feld eins bei der Liestaler Tagesstruktur

Stadtrat Franz Kaufmann sucht nach dem gemeinsamen Nenner

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Der neue Liestaler Bildungstadtrat Franz Kaufmann war am vergangenen Mittwoch nicht zu beneiden. Mit den Stimmen von Kaufmanns SP, der Grünen, SVP und FDP hat der Einwohnerrat seine Vorlage über familienergänzende Tagesstrukturen im Primarschulbereich förmlich zerfetzt und an den Adressaten zurückgewiesen (die BaZ berichtete). Nur fünf Abgeordnete der Mitte-Fraktion standen dem Vorschlag des Stadtrats mit Betreuung an zwei Tagen bis 18 Uhr und einer Unterstützung des Vereins «Ferienbetreuungsinitiative» positiv gegenüber.

Nach dem Nein des Liestaler Souveräns zur ersten Vorlage im Herbst 2009 steht die Hauptstadt somit – mehr als drei Jahre später – vor einem Scherbenhaufen. Derzeit besteht das Angebot in Liestal nur aus einem Mittagstisch und einem Aufgabenhort an den Standorten Fraumatt, Mühlematt und Drachenhöhle. Und daran wird sich so rasch nichts ändern. Denn dass nach der Rückweisung bis zum Beginn des neuen Schuljahrs eine neue Vorlage verabschiedet werden kann, glaubt niemand.

Vor einem Jahr haben SP, Grüne, und Mitte in einem gemeinsamen Postulat verlangt, mit Beginn des Schuljahrs 2013/2014 «an zwei bis drei geeigneten Primarschulstandorten ein freiwilliges, modulares Betreuungsangebot für Kinder im Primarschulalter einzuführen». Mit seiner Vorlage wollte der Stadtrat ein Angebot an allen fünf Schulstandorten einrichten. Für die Betreuung hätten die Eltern zehn Franken pro Kind und Nachmittag bezahlen sollen. Das Ganze sollte in einem zweijährigen Pilotversuch erprobt werden.

Für die Mitte war «dieser Spatz in der Hand» während der Pilotphase in Ordnung. Entsprechend einsam steht

sie jetzt als einzige unterstützende Fraktion da, wie EVP-Einwohnerin Elisabeth Augstburger feststellt. Linken und Grünen passte das Projekt dagegen aus mehreren Gründen nicht. Zum einen befürchteten sie, «dass der Pilotversuch mit Betreuung an nur zwei Tagen nichts Aussagekräftiges ergibt», wie SP-Einwohner Patrick Mägli erklärt. Denn möglicherweise würde für eine Betreuung an nur zwei Tagen keine genügende Nachfrage bestehen.

Zudem, so Mägli weiter, brauche es eine breit abgestützte Tarifstruktur, die mit einem Pauschalbeitrag von zehn Franken nicht gewährleistet gewesen wäre. Tatsächlich verlangte Thomas Eugster (FDP) eine stärkere finanzielle Beteiligung der Eltern, damit die Stadt nicht zu stark belastet wird. Der SVP-Sprecher ging in seinem Rückweisungsvotum nicht ins Detail. Bisher liess die SVP aber keinen Zweifel daran, dass ihr das bestehende Angebot genügt.

## Neue Tarifstruktur

Für Kaufmann, der von seiner Vorlage überzeugt war, ist die Sache alles andere als einfach: Für die einen ist eine flächendeckende Tagesstruktur an bloss zwei Tagen unbefriedigend. Für die andern kommt nur ein Betreuungsangebot infrage, das die Stadtkasse möglichst schon, dafür die Eltern stärker belastet. Er sieht dennoch keinen Grund zur Resignation: «Ich werde mich jetzt mit den Exponenten an einen Tisch setzen und nach einer Lösung suchen.» Dabei lässt er durchblicken, dass die Tarifstruktur ebenso zur Disposition steht wie die Betreuungsstandorte.

Die Unterschiede bei den Tagesstrukturen im Baselbiet sind sehr gross. Während in den Agglomerationsgemeinden in der Regel ein gutes Angebot besteht, ist es in ländlichen Gemeinden spärlich oder es fehlt ganz.